

Frage 08: Wie stehen Sie zum Schutz der Freiheit der Meinung und des Gewissens sowie der Freiheit der Rede? In welchen Punkten werden Sie Einschränkungen entgegentreten, in welchen befürworten?

ÖVP

Als demokratische Partei bekennen wir uns klar zu grundlegenden Freiheiten, die Eckpfeiler der Demokratie sind und geschützt werden müssen. Wir fördern eine Gesellschaft, in der jeder seine Meinung frei äußern kann, solange dies nicht zu Gewalt, Extremismus oder der Beeinträchtigung anderer Grundrechte führt. Wir erkennen an, dass Redefreiheit nicht absolut ist und in bestimmten Fällen, wie zum Schutz der öffentlichen Sicherheit oder zur Verhinderung von Hassreden, eingeschränkt werden muss. Freie Meinungsäußerung ist ein zentrales Element der demokratischen Diskussion und darf nicht leichtfertig eingeschränkt werden. Gleichzeitig unterstützen wir Regelungen zur Verhinderung von Hass und Intoleranz, um eine gerechte und friedliche Gesellschaft zu fördern. Unsere Politik strebt danach, einen Rahmen zu schaffen, der sowohl Freiheit als auch Sicherheit für alle Bürger bietet.

SPÖ

Presse- und Meinungsfreiheit sind Säulen unserer Demokratie und müssen geschützt werden. Eine Abwägung gegenüber anderen Grundrechten muss im Einzelfall stattfinden.

FPÖ

Meinungsfreiheit ist für uns ein hohes Gut, dass möglichst nicht angetastet werden sollte. Dort wo jedoch unsere demokratische Grundordnung offen in Frage gestellt und auch attackiert wird, etwa durch Islamisten, die ein Kalifat in Europa einfordern, muss man entschieden entgegentreten. Man kann diese Meinungen vertreten, muss aber auch mit entsprechenden Konsequenzen rechnen, wenn man sie zur Umsetzung bringen möchte.

GRÜNE

Jede Person hat ein Recht auf freie Meinungsäußerung. Die Meinungsfreiheit ist ein Grund- und Menschenrecht und genießt als solches einen hohen Stellenwert. Gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) müssen Schranken der Meinungsfreiheit gesetzlich vorgesehen sein, einem der in Art. 10 EMRK aufgezählten öffentlichen oder privaten Interessen dienen und in einer demokratischen Gesellschaft erforderlich und somit verhältnismäßig sein. Wir befürworten Einschränkungen der Meinungsfreiheit lediglich dann, wenn diese strengen Kriterien erfüllt sind.

NEOS

Die EMRK steht in Österreich im Verfassungsrang. Und NEOS bekennen sich ganz klar zu den in Art. 10 EMRK genannten Grundrechten der Meinungs- und Redefreiheit. Meinungspluralismus ist der Sauerstoff einer liberalen Demokratie. Einschränkungen dürfen nur dort erfolgen, wo diese auch tatsächlich nötig sind, nämlich dort wo es um Verhetzung, Antisemitismus, Nationalsozialismus, Islamismus etc. geht.

Wir verteidigen die in der österreichischen Verfassung garantierte Freiheit der Meinung und des Gewissens als ein demokratisches Grundrecht, das durch keine Gesetze oder Verwaltungsakte eingeschränkt werden darf. Allerdings sieht die Verfassung eine wichtige Ausnahme vor: die Wiederbetätigung im nationalsozialistischen Sinn und die Betätigung von Gruppen, die die Bevölkerung ihrer demokratischen Rechte berauben wollen. Die KPÖ bekennt sich zu diesem gegen den Rechtsextremismus gerichteten Charakter der österreichischen Verfassung und fordert das Verbot rechtsradikaler Organisationen, die zu Gewalt und Hass gegenüber Bevölkerungsgruppen aufrufen.